

Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß)
gemäß § 96 der Geschäftsordnung

a) zu dem Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und FDP
– Drucksachen 12/219, 12/562 –

b) zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
– Drucksachen 12/402, 12/459, 12/562 –

Entwurf eines Gesetzes zur Förderung von Investitionen und Schaffung von
Arbeitsplätzen im Beitrittsgebiet sowie zur Änderung steuerrechtlicher und
anderer Vorschriften
(Steueränderungsgesetz 1991 – StÄndG 1991)

Bericht der Abgeordneten Helmut Wieczorek (Duisburg), Adolf Roth (Gießen) und
Dr. Wolfgang Weng (Gerlingen)

I. Mit den Gesetzentwürfen zur Änderung steuerrechtlicher und anderer Vorschriften werden mehrere Ziele angestrebt. Insbesondere soll die Steigerung privater Investitionsneigung im Beitrittsgebiet durch steuerliche Fördermaßnahmen wie den Verzicht auf die Erhebung der Gewerbesteuer und der Vermögensteuer, Staffeltarife bei der Gewerbebeertragsteuer, Sonderabschreibungen und die Gewährung von Investitionszulagen erreicht werden. Zum teilweisen Ausgleich von Nachteilen, die im Beitrittsgebiet noch für eine Übergangszeit in Kauf genommen werden müssen, wird ein befristeter Tariffreibetrag eingeführt.

Zugleich wird die Berlin- und die Zonenrandförderung stufenweise abgebaut.

Die Gesetzentwürfe sehen ferner die Erhöhung der Kilometerpauschale bei Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstelle vor, um die Belastungen der Fernpendler durch die vorgesehene Erhöhung der Mineralölsteuer auszugleichen.

Die private Wohneigentumsbildung soll durch erweiterte steuerliche Anreize und die Anhebung des Baukindergeldes gefördert werden.

In den noch offenen Steuerfällen der Jahre 1983 bis 1985 erfolgt die verfassungsrechtlich gebotene Korrektur des Familienlastenausgleiches durch eine Anhebung der Kinderfreibeträge. In noch offenen Kindergeld-Minderungsfällen entfällt die Minderung des Kindergeldes für das zweite Kind, wenn kein erhöhter Kinderfreibetrag beansprucht werden kann.

Der Verteilungsschlüssel für den Länderanteil an der Straßenbenutzungsgebühr wird, bei besonderer Berücksichtigung der neuen Länder, neu bestimmt.

Ferner sehen die Gesetzentwürfe vor, die unterschiedlichen Auswirkungen der Mineralölsteuererhöhung zwischen Personenkraftwagen mit Dieselmotor bzw. mit Fremdzündungsmotor durch erhöhte Kraftfahrzeugsteuer auszugleichen.

Die finanziellen Auswirkungen der Gesetzentwürfe auf Drucksachen 12/219 und 12/402 betragen:

Steuermehr (+)/Steuermindereinnahmen in Mio. DM											
Entstehungsjahr ¹⁾				Rechnungsjahre ²⁾							
				1991				1992			
ins-gesamt	davon:			ins-gesamt	davon:			ins-gesamt	davon:		
	Bund	Länder ³⁾	Gemeinden		Bund	Länder ³⁾	Gemeinden		Bund	Länder ³⁾	Gemeinden
4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
+6 280	+3 429	+2 844	+7	-775	-160	-233	-382	+342	+488	+382	-528

Wegen der Einzelheiten wird Bezug auf die Übersicht in Drucksache 12/219, Seiten 24 bis 31 genommen.

- II. Der federführende Finanzausschuß hat wesentliche Änderungen der Gesetzentwürfe hinsichtlich der Vorschriften des Einkommensteuergesetzes, Berlinförderungsgesetzes, Fördergebietsgesetzes, Vermögensteuergesetzes und Kraftfahrzeugsteuergesetzes empfohlen. Die kostenwirksamen Änderungsempfehlungen des Finanzausschusses ergeben sich aus der nachfolgenden Übersicht:

Steuermehr (+)/Steuermindereinnahmen in Mio. DM							
Rechnungsjahre ²⁾							
1993				1994			
ins- gesamt	davon:			ins- gesamt	davon:		
	Bund	Länder ³⁾	Gemein- den		Bund	Länder ³⁾	Gemein- den
16	17	18	19	20	21	22	23
+65	+668	+17	–620	+3 225	+2 269	+1 369	–413

**Finanzielle Auswirkungen der Beschlüsse des Finanzausschusses des Deutschen
hier: Änderungsbeschlüsse des Finanzausschusses**

Lfd. Nr.	Maßnahme	Steuer- art	Steuermehreinnahmen (+) /			
			Entstehungsjahr ¹⁾			
			insge- samt	davon:		
				Bund	Län- der ³⁾	Ge- mein- den
1	2	3	4	5	6	7
	I. Steueränderungsgesetz 1991 Änderungen zu Artikel 1 Einkommensteuergesetz					
1	§ 7k Abs. 2 Nr. 2 EStG Verlängerung der Gewährung von erhöhten Absetzungen für neue Wohnun- gen mit Sozialbindung um drei Jahre bis einschließlich Veranlagungszeitraum 1995 ⁴⁾	EST KSt	-10 -15	-4 -8	-5 -7	-1 -
		zusammen	-25	-12	-12	-1
2	§ 10 d i. V. m. § 57 Abs. 4 EStG Gewährung eines Verlustrücktrages im Beitrittsgebiet für 1990	EST	.	.	.	.
3	§ 10 e Abs. 4 Sätze 4 bis 7 EStG Möglichkeit der Inanspruchnahme von § 10 e EStG für ein weiteres Objekt im Beitrittsgebiet, ohne daß eine Erwerbstätigkeit aufgenommen wird ⁵⁾	LSt EST	-6 -9	-2 -4	-3 -4	-1 -1
		zusammen	-15	-6	-7	-2
	(nachrichtlich: Regierungs-Entwurf)	zusammen	(-50)	(-22)	(-21)	(-7)
4	§§ 32 und 33 c EStG Anhebung der Altersgrenze für uneingeschränkt berücksichtigungsfähige Kinder von 16 auf 18 Jahre ab Veranlagungszeitraum 1992	LSt	-45	-19	-20	-6
5	§ 32 Abs. 8 EStG Die Gewährung des Tariffreibetrags bei der Lohn- und Einkommensteuer von 600/1200 DM im Beitrittsgebiet wird bis 31. Dezember 1993 befristet	LSt EST	1994 +940 +160	+399 +68	+409 +70	+132 +22
		zusammen	(+1100)	(+467)	(+479)	(+154)
	(nachrichtlich: Regierungs-Entwurf)	zusammen	(-800)	(-340)	(-348)	(-112)
6	§ 40 b Abs. 3 EStG Erweiterung der Lohnsteuer-Pauschalierungsgrenze von 120 DM für Grup- penunfallversicherungsbeiträge	LSt/ EST	.	.	.	.
7	neuer Artikel 1 a Gesetz über Kapitalanlagegesellschaften Beseitigung der Doppelbelastung von Investmentfonds hinsichtlich der Kapi- tallertragsteuer mit dem Solidaritätszuschlag	KapSt	.	.	.	-
	Änderungen zu Artikel 3 Berlinförderungsgesetz					
8	§§ 1 und 1 a i. V. m. § 5 BerlinFG a) Hinausschieben des Abbaubeginns bei der Herstellerpräferenz um 1/2 Jahr auf den 1. Januar 1992 ⁶⁾	USt USt	+50 (+2150)	+33 (+1398)	+17 (+752)	- -
	(nachrichtlich: Regierungs-Entwurf)					
9	b) Zeitlich befristete Weitergewährung der Präferenz im Einzelfall bei Gefähr- dung der wirtschaftlichen Existenz des Unternehmens	USt	-50	-33	-17	-
10	§ 14 BerlinFG Wegfall der erhöhten Absetzungen für betriebliche Investitionen ab 1. Juli 1991; danach Regelung wie im Beitrittsgebiet ⁷⁾	GewSt EST KSt	.	.	.	.
		zusammen	-	-	-	-
	(nachrichtlich: Regierungs-Entwurf)	zusammen	(+370)	(+136)	(+145)	(+89)

**Bundestages zu den Entwürfen eines Steueränderungsgesetzes 1991
gegenüber Regierungsentwurf**

Steuermindereinnahmen (–) – in Mio. DM –

Rechnungsjahre ²⁾															
1991				1992				1993				1994			
insgesamt	davon:			insgesamt	davon:			insgesamt	davon:			insgesamt	davon:		
	Bund	Länder ³⁾	Gemeinden		Bund	Länder ³⁾	Gemeinden		Bund	Länder ³⁾	Gemeinden		Bund	Länder ³⁾	Gemeinden
8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
								–8 –12	–3 –6	–4 –6	–1 –	–18 –27	–8 –14	–8 –13	–2 –
–	–	–	–	–	–	–	–	–20	–9	–10	–1	–45	–22	–21	–2
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
–5 –7	–2 –3	–2 –3	–1 –1	–12 –18	–5 –8	–5 –8	–2 –2	–18 –27	–8 –11	–8 –12	–2 –4	–24 –36	–10 –15	–10 –16	–4 –5
–12 (–40)	–5 (–17)	–5 (–18)	–2 (–5)	–30 (–100)	–13 (–43)	–13 (–43)	–4 (–14)	–45 (–150)	–19 (–64)	–20 (–65)	–6 (–21)	–60 (–200)	–25 (–85)	–26 (–87)	–9 (–28)
–	–	–	–	–40	–17	–17	–6	–45	–19	–20	–6	–45	–19	–20	–6
												+850 +150	+361 +64	+370 +65	+119 +21
– (–660)	– (–281)	– (–287)	– (–92)	– (–1 000)	– (–425)	– (–435)	– (–140)	– (–1 000)	– (–425)	– (–435)	– (–140)	+1 000 (–1 100)	+425 (–468)	+435 (–478)	+140 (–154)
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
.	.	.	–	.	.	.	–	.	.	.	–	.	.	.	–
–270 (+270)	–176 (+176)	–94 (+94)	– –	–235 (+985)	–153 (+640)	–82 (+345)	– (–)	–50 (+1 600)	–33 (+1 040)	–17 (+560)	– (–)	– (+2 200)	– (+1 430)	– (+770)	– (–)
–	–	–	–	–45	–29	–16	–	–30	–20	–10	–	–5	–3	–2	–
–8 –12 –20	. –5 –10	–1 –5 –10	–7 –2 –	–14 –23 –28	–1 –10 –14	–2 –10 –14	–11 –3 –	–10 –15 –20	. –6 –10	–1 –7 –10	–9 –2 –	– – –	– – –	– – –	– – –
–40 (+90)	–15 (+34)	–16 (+36)	–9 (+20)	–65 (+170)	–25 (+64)	–26 (+67)	–14 (+39)	–45 (+245)	–16 (+90)	–18 (+96)	–11 (+59)	– (+225)	– (+83)	– (+88)	– (+54)

noch

Finanzielle Auswirkungen der Beschlüsse des Finanzausschusses des Deutschen
hier: Änderungsbeschlüsse des Finanzausschusses

Lfd. Nr.	Maßnahme	Steuer- art	Steuermehrereinnahmen (+) /			
			Entstehungsjahr ¹⁾			
			insge- samt	davon:		
				Bund	Län- der ³⁾	Ge- mein- den
1	2	3	4	5	6	7
11	§ 14 a BerlinFG) Wegfall der erhöhten Absetzungen für Mehrfamilienhäuser ab 1. Juli 1991 mit Übergangsregelung ⁷⁾ (nachträglich: Regierungs-Entwurf)	EST EST	— (+150)	— (+64)	— (+65)	— (+21)
12	§ 14 b BerlinFG Wegfall der erhöhten Absetzungen für Modernisierungsmaßnahmen bei Mehrfamilienhäusern ab 1. Juli 1991 mit Übergangsregelung ⁷⁾ (nachrichtlich: Regierungs-Entwurf)	EST EST	— (+15)	— (+6)	— (+7)	— (+2)
13	§§ 21 bis 27 BerlinFG Abgemilderter Abbau der Tarifiermäßigung im Veranlagungszeitraum 1991 ⁸⁾ (nachrichtlich: Regierungs-Entwurf)	EST KSt zusammen zusammen	 (+800)	 (+365)	 (+369)	 (+66)
14	§§ 28 und 29 BerlinFG Verschiebung des Abbaubeginns der Zulage für Arbeitnehmer in Berlin (West) auf den 1. Oktober 1991 (statt 1. Juli 1991) ⁹⁾ (nachrichtlich: Regierungs-Entwurf)	LSt LSt	 (+3400)	 (+1445)	 (+1479)	 (+476)
15	Änderungen zu Artikel 5 Fördergebietsgesetz Gewährung einer auf ein Jahr befristeten Investitionsrücklage im Beitrittsgebiet für 1991 in Höhe von 50 v. H. für konkrete Investitionsvorhaben, die sich aufgrund von Störungen bei der Abwicklung verzögert haben (nachrichtlich: Regierungs-Entwurf)	GewSt EST KSt zusammen zusammen	 (-1700)	 (-631)	 (-658)	 (-411)
16	§ 3 Fördergebietsgesetz Einführung von Sonderabschreibungen für neue Gebäude des Privatvermögens im Fördergebiet	EST	-95	-40	-41	-14
17	§ 3 Fördergebietsgesetz Einführung von Sonderabschreibungen für nachträgliche Herstellungskosten an zur Einkunftserzielung genutzten Gebäuden des Privatvermögens im Fördergebiet	EST	-35	-15	-15	-5
18	§ 6 Fördergebietsgesetz Einführung eines Abzuges wie Sonderausgaben für Herstellungs- und Erhaltungskosten von höchstens 40000 DM im gesamten Anwendungszeitraum bei zu eigenen Wohnzwecken genutzten Gebäuden im Fördergebiet ausschließlich des ehemaligen Gebiets von Berlin (West)	EST	-20	-8	-9	-3
19	§§ 2 und 3 Fördergebietsgesetz Einbeziehung nachträglicher Herstellungskosten in die Regelung für Sonderabschreibungen	EST	.	.	.	.
20	Änderungen zu Artikel 7 und 8 Bewertungsgesetz, Vermögensteuergesetz § 101 Nr. 6 und Nr. 7, § 114 Abs. 2 a BewG, § 2 Abs. 2 und § 3 a VStG Nichterhebung der Vermögensteuer im Beitrittsgebiet bis 31. Dezember 1992 (nachrichtlich: Regierungs-Entwurf)	VSt VSt	1993 (+200) (-200)	— —	(+200) (-200)	— —

Bundestages zu den Entwürfen eines Steueränderungsgesetzes 1991
gegenüber Regierungsentwurf

Steuermindereinnahmen (–) – in Mio. DM –

Rechnungsjahre ²⁾															
1991				1992				1993				1994			
insgesamt	davon:			insgesamt	davon:			insgesamt	davon:			insgesamt	davon:		
	Bund	Länder ³⁾	Gemeinden		Bund	Länder ³⁾	Gemeinden		Bund	Länder ³⁾	Gemeinden		Bund	Länder ³⁾	Gemeinden
8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
–	–	–	–	–	–	–	–	–2	–1	–1	–	–15	–7	–6	–2
–	–	–	–	–	–	–	–	(+10)	(+4)	(+4)	(+2)	(+65)	(+28)	(+28)	(+9)
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–5	–2	–3	–
(–)	(–)	(–)	(–)	(–)	(–)	(–)	(–)	(+5)	(+2)	(+2)	(+1)	(+15)	(+6)	(+7)	(+2)
–40	–17	–17	–6	–5	–2	–2	–1	–5	–2	–2	–1	–	–	–	–
–25	–13	–12	–	–5	–3	–2	–	–5	–3	–2	–	–	–	–	–
–65	–30	–29	–6	–10	–5	–4	–1	–10	–5	–4	–1	–	–	–	–
(+130)	(+59)	(+60)	(+11)	(+285)	(+130)	(+131)	(+24)	(+475)	(+216)	(+219)	(+40)	(+675)	(+307)	(+311)	(+57)
–190	–81	–83	–26	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
(+380)	(+162)	(+165)	(+53)	(+1200)	(+531)	(+544)	(+175)	(+1850)	(+786)	(+805)	(+259)	(+2900)	(+1233)	(+1262)	(+405)
–70	–5	–9	–56	+70	+5	+9	+56	–	–	–	–	–	–	–	–
–115	–49	–50	–16	+115	+49	+50	+16	–	–	–	–	–	–	–	–
–115	–58	–57	–	+115	+58	+57	–	–	–	–	–	–	–	–	–
–300	–112	–116	–72	+300	+112	+116	+72	–	–	–	–	–	–	–	–
(–1100)	(–403)	(–422)	(–275)	(–1700)	(–624)	(–653)	(–423)	(–2400)	(–880)	(–919)	(–601)	(–2600)	(–952)	(–994)	(–654)
–75	–32	–33	–10	–235	–100	–102	–33	–375	–159	–163	–53	–490	–208	–213	–69
–25	–11	–11	–3	–40	–17	–17	–6	–65	–28	–28	–9	–80	–34	–35	–11
–10	–4	–5	–1	–30	–13	–13	–4	–50	–21	–22	–7	–80	–34	–35	–11
–	–	–	–	–	–	–	–	+350	–	+350	–	+440	–	+440	–
(–200)	–	(–200)	–	(–300)	–	(–300)	–	(–400)	–	(–400)	–	(–500)	–	(–500)	–

noch

Finanzielle Auswirkungen der Beschlüsse des Finanzausschusses des Deutschen
hier: Änderungsbeschlüsse des Finanzausschusses

Lfd. Nr.	Maßnahme	Steuer- art	Steuermehreinnahmen (+) /			
			Entstehungsjahr ¹⁾			
			insge- samt	davon:		
				Bund	Län- der ³⁾	Ge- mein- den
1	2	3	4	5	6	7
21	§ 124 i. V. m. § 135 BewG; § 24 b i. V. m. § 25 VStG Verzicht auf die Erhebung der Vermögensteuer der in Kapitalgesellschaften umgewandelten volkseigenen Betriebe im 2. Halbjahr 1990	VSt	.	—	.	—
22	Verschiebung der Hauptfeststellung der Einheitswerte um 1 Jahr auf den 1. Ja- nuar 1993	VSt	. ¹⁰⁾	—	.	—
23	Änderungen zu Artikel 17 Kraftfahrzeugsteuergesetz § 31 Abs. 6 KraftStG Aufleben der Steuerbefreiung für vor dem 1. Januar 1990 zugelassene schad- stoffarme PKW	KfzSt	–55	—	–55	—
24	§ 3g Abs. 1 Nr. 1 KraftStG Rückwirkende Verbesserung der Förderung von Nachrüstung von PKW	KfzSt	–100	—	–100	—
25	§ 3g Abs. 1 und 2 KraftStG Verlängerung der Förderung der Nachrüstung von PKW in den alten Bundes- ländern	KfzSt	–5	—	–5	—
26	§ 3g Abs. 8 KraftStG Rückwirkende Förderung der Nachrüstung in den neuen Bundesländern	KfzSt	–3	—	–3	—
27	§ 9 KraftStG Steuersatzänderung bei der Kfz-Steuer: a) Steuersatz 13,20 DM/100 cm ³ für schadstoffarme PKW mit Ottomotor b) Steuersatzerhöhung für Diesel-PKW (Altbestand)	KfzSt KfzSt	–25 +10	— —	–25 +10	— —

Anmerkungen:

- 1) In den ersten 12 Monaten voller Wirksamkeit entstehende Steuermehreinnahmen/Steuermindereinnahmen.
- 2) Kassenmäßige Auswirkung der Rechtsänderungen.
- 3) Gemeindesteuern der Stadtstaaten dem Ländersteueraufkommen zugerechnet.
- 4) Kumulation nach 10 Jahren auf das Zehnfache.
- 5) Kumulation nach 8 Jahren auf das Achtfache.
- 6) Kürzung ab 1. Januar 1992 um 30 v. H., ab 1. Juli 1992 um 50 v. H., ab 1. Januar 1993 um 75 v. H., ab 1. Januar 1994 Wegfall.
- 7) Folgewirkung der zusätzlichen Wohnungsbauvergünstigungen (Artikel 5 StÄndG) 1991, §§ 3 und 6 Fördergebietsgesetz), auf die die Berlinförderung übergeleitet wird.
- 8) Kürzungen: Veranlagungszeitraum 1991 um 10 v. H., Veranlagungszeitraum 1992 um 40 v. H., Veranlagungszeitraum 1993 um 60 v. H., Veranlagungszeitraum 1994 um 80 v. H., danach Wegfall.
- 9) Kürzungen: ab 1. Oktober 1991 auf 6 v. H., ab 1. Januar 1992 auf 5 v. H., ab 1. Januar 1993 auf 4 v. H., ab 1. Januar 1994 auf 2 v. H., ab 1. Januar 1995 Wegfall.
- 10) Es entstehen nur Steuermindereinnahmen in den Fällen, in denen die Wertgrenzen des § 16 VStG nicht erreicht werden und daher eine Neuveranlagung unterbleibt.

Bundestages zu den Entwürfen eines Steueränderungsgesetzes 1991
gegenüber Regierungsentwurf

Steuermindereinnahmen (–) – in Mio. DM –

Rechnungsjahre ²⁾															
1991				1992				1993				1994			
insge- samt	davon:			insge- samt	davon:			insge- samt	davon:			insge- samt	davon:		
	Bund	Län- der ³⁾	Ge- mein- den		Bund	Län- der ³⁾	Ge- mein- den		Bund	Län- der ³⁾	Ge- mein- den		Bund	Län- der ³⁾	Ge- mein- den
8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
	–		–		–		–		–		–		–		–
–	–	–	–	–	–	–	–		–		–	–	–	–	–
–55	–	–55	–	–55	–	–55	–	–55	–	–55	–	–55	–	–55	–
–100	–	–100	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
–3	–	–3	–	–2	–	–2	–	–	–	–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–3	–	–3	–	–	–	–	–	–	–	–	–
–25	–	–25	–	–25	–	–25	–	–25	–	–25	–	–25	–	–25	–
–	–	–	–	+10	–	+10	–	+10	–	+10	–	+10	–	+10	–

III. Die finanziellen Auswirkungen

- a) der Änderungsbeschlüsse des Finanzausschusses,
- b) der Entwürfe auf Drucksachen 12/219 und 12/402,
- c) des Steueränderungsgesetzes 1991 in der Fassung der Beschlußempfehlung des Finanzausschusses (a + b)

auf die Haushalte des Bundes, der Länder und der Gemeinden betragen:

Steuermehr (+)/Steuermindereinnahmen in Mio. DM												
Entstehungsjahr ¹⁾				Rechnungsjahre ²⁾								
				1991					1992			
ins-gesamt	davon:			ins-gesamt	davon:			ins-gesamt	davon:			
	Bund	Länder ³⁾	Gemeinden		Bund	Länder ³⁾	Gemeinden		Bund	Länder ³⁾	Gemeinden	
4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	
a)	– 413	– 100	– 282	– 31	– 1 170	– 466	– 575	– 129	– 505	– 260	– 249	+ 4
b)	+ 6 280	+ 3 429	+ 2 844	+ 7	– 775	– 160	– 233	– 382	+ 342	+ 488	+ 382	– 528
c)	+ 5 867	+ 3 329	+ 2 562	– 24	– 1 945	– 626	– 808	– 511	– 163	+ 228	+ 133	– 524

Anmerkungen:

¹⁾ In den ersten 12 Monaten voller Wirksamkeit entstehende Steuermehreinnahmen/Steuermindereinnahmen.

²⁾ Kassenmäßige Auswirkung der Rechtsänderungen.

³⁾ Gemeindesteuern der Stadtstaaten dem Ländersteueraufkommen zugerechnet.

Die finanziellen Auswirkungen für den Bund im Jahre 1991 sind im Bundeshaushalt 1991, die Auswirkungen für die Folgejahre in der Finanzplanung zu berücksichtigen.

Die Gesetzentwürfe sind mit der Haushaltslage des Bundes vereinbar.

Dieser Bericht berücksichtigt die Beschlüsse des federführenden Finanzausschusses.

Berlin, den 13. Mai 1991

Der Haushaltsausschuß

Rudi Walther Helmut Wiczorek (Duisburg) Adolf Roth (Gießen) Dr. Wolfgang Weng (Gerlingen)
 Vorsitzender Berichterstatter

Steuermehr (+)/Steuermindereinnahmen in Mio. DM							
Rechnungsjahre ²⁾							
1993				1994			
ins- gesamt	davon:			ins- gesamt	davon:		
	Bund	Länder ³⁾	Gemein- den		Bund	Länder ³⁾	Gemein- den
16	17	18	19	20	21	22	23
-457	-330	-33	- 94	+ 545	+ 71	+ 444	+ 30
+ 65	+668	+17	-620	+3 225	+2 269	+1 369	-413
-392	+338	-16	-714	+3 770	+2 340	+1 813	-383

